

# KAB berät über ein soziales Europa

**Peine/Sarstedt. Was ein soziales Europa ausmacht und die Zukunft des eigenen Verbandes: Diese beiden Themen stehen im Mittelpunkt zwei Bezirkstage der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Bistum Hildesheim - an diesem Samstag, 7. März, in Peine und am kommenden Samstag, 14. März, in Sarstedt. In welche Richtung die Diskussionen gehen werden und warum es in diesem Jahr keine Diözesanversammlung gibt, darüber sprach die KiZ mit dem KAB-Diözesanvorsitzenden Bernhard Gertler.**

Die KAB macht in diesem Jahr keinen Diözesanversammlung, sondern konzentriert sich auf Versammlungen der beiden Bezirke in Braunschweig und Hannover/Hildesheim. Warum diese Regelung?

Der Diözesanvorstand und die Bezirksvorstände haben vor drei Jahren beschlossen, im Jahreswechsel Bezirks- und Diözesanversammlungen durchzuführen. Es stehen in diesem Jahr Bezirksvorstandswahlen an. Auch ist es eine Frage der Effizienz, in der Vergangenheit hatten wir jedes Jahr eine Diözesanversammlung und zwei Bezirksversammlungen.

Fehlt aber dann doch nicht die

Möglichkeit, sich diözesanweit auszutauschen, rückt nicht der eigene Kirchturm zu sehr in den Mittelpunkt?

Nein, es ist wichtig Beschlüsse von der Bundes- und Diözesanebene in die Bezirksverbände und Ortsvereine zu bringen, um auch dort für eine Meinungsbildung zu sorgen.

Ein Thema der Bezirkstage: die Zukunftsperspektive der KAB. Wo liegt für Sie das größte Problem der Bewegung? Die weniger werdenden Mitglieder, fehlenden Handlungsmöglichkeiten oder die allgemein geringer werdende Bedeutung von Interessenverbänden?

Das größte Problem der katholischen Verbände und auch der KAB ist die Finanzierung der hauptamtlichen Mitarbeiter. Sie ist zur Koordinierung der vielen ehrenamtlichen Mitstreiter unbedingt erforderlich. Wir sehen natürlich auch, dass wie in allen Verbänden - nicht nur in kirchlichen - der Nachwuchs fehlt. Doch das sagt nichts über die Effektivität eines Verbandes aus. So haben doch gerade die kirchlichen Verbände mit ihrem Rentenmodell aus Sockelrente, Pflichtversicherung und betrieblicher wie privater Altersvorsorge einen Vorschlag gemacht, der die Alterssicherung auf solide Beine stellt.

Und worin sehen Sie die größte Chance der KAB?

Die größte Chance für die KAB liegt im Engagement ihrer Mitglieder: Wir nehmen die politischen Entwicklungen nicht einfach hin. Wir mischen uns aktiv für mehr soziale Gerechtigkeit ein: Ob im Dorf oder im Stadtviertel, in den Kommunen, auf Landes- oder Bundesebene, ob in den Selbstverwaltungen der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, als ehrenamtlicher Richter oder Betriebsrat.

Das zweite große Thema: Europa, zumal in diesem Jahr das Europäische Parlament neu gewählt wird. Nun ist Europa ein sozial gespaltenen Kontinent. Und die Schere zwischen Arm und Reich wird sich durch die Wirtschaftskrise noch vergrößern. Was kann ein Verband wie die KAB tun, damit Europa tatsächlich sozial gestaltet wird?

Eine Wirtschaft auf Pump jenseits des Atlantiks und eine rein exportorientierte Wirtschaft hier, die das Kapital höher bewertet als die Arbeit, hat in Europa einen Scherbenhaufen hinterlassen. Jahrelange Versäumnisse beim Umbau der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben zur Krise geführt: Steuererleichterungen für das Kapital, öffentliche Aufgaben sind privatisiert und für die Bürger teuer geworden, mehr und

mehr Menschen können von ihren Löhnen allein nicht mehr ihre Familie ernähren. Die derzeitigen Konjunkturprogramme sind nichts anderes als Korrekturen vergangener Fehler. Wir brauchen einen radikalen Politikwechsel in Deutschland und Europa hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Ein erster Schritt sind sozial gerechte Mindestlöhne, die in Deutschland mindestens 8,50 Euro pro Stunde betragen müssen. Dafür kann und wird sich die KAB einsetzen.

Was wären nach KAB-Ansicht Eckpunkte für den Politikwechsel in Europa?

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien müssen für uns in den Mittelpunkt der sozialen und politischen Gestaltung rücken. Ihre Rechte wie soziale Standards müssen auf hohem Niveau eingeführt oder gesichert werden, denn nur aus dem Wert der Arbeit erwächst der Wohlstand Europas. Handlungsschritte für ein soziales Europa liegen unter anderem darin, die Arbeitslosigkeit durch eine gezielte Wirtschaftspolitik des qualitativen Wachstums zu bekämpfen und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auszubauen. Und auch für Menschen auf der Flucht kann und muss Europa mit einer menschenwürdigen „Asyl- und Einwanderungspolitik mehr tun.

**Interview: Rüdiger Wala**